Gegenwind bringt Turm zu Fall

Sursee Der Widerstand gegen den knapp 30 Meter hohen Turm in der Badi war zu gross: Der Gewerbeverein zieht die Baueingabe per sofort zurück. Ein vernünftiger Entscheid, sagen Stadtpräsident und Gegner.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@
luzernerzeitung.ch

Die Mitteilung kam nicht unerwartet: Der Verein Gewerbe Region Sursee (GRS) beugt sich dem öffentlichen Druck und zieht seine Baueingabe für den Baditurm zurück. «Es ist nicht das Bestreben des Vereins Gewerbe Region Sursee, ungewollte Projekte zu realisieren», heisst es in der Mitteilung. Präsident Patrik Bräuchi erklärt auf Anfrage: «Natürlich ist es schade, zumal wir bereits viel ehrenamtliche Arbeit in das Projekt gesteckt haben.» Aber man habe klar kommuniziert, dass der Plan bei Gegenwind zurückgezogen werde (Ausgabe vom Mittwoch).

Nun habe sich dieser Widerstand nach Einreichen des Baugesuchs gezeigt. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Korporation Sursee, welcher das Badi-Areal gehört, sei stets sehr eng gewesen. «Sie hat sich noch intensiviert, nachdem sich erste kritische Stimmen gemeldet haben.» Unter Druck gesetzt worden sei der GRS weder vom Stadtrat noch von der Korporation, wie Bräuchi versichert. Alle Involvierten seien bodenständig, realistisch und schätzten die Meinung der Bevölkerung.

Ist definitiv vom Tisch: der Aussichtsturm in der Badi Sursee. Visualisierung: PD

Es ist der zweite gescheiterte Versuch des GRS, in Sursee einen Turm zu realisieren. Wird es auch einen Dritten geben? «Nein, dieses Thema ist für uns vom Tisch.» Das heisse aber nicht, dass das Gewerbe künftig mit Projekten aufwarten wolle. «Welcher Art diese sein werden, wird zu gegebener Zeit kommuniziert», sagt Patrik Bräuchli.

«Viele gute Aktionen auf die Beine gestellt»

Für Stadtpräsident Beat Leu (CVP) ist der Abbruch «eine Reaktion der Vernunft». Er habe sich nur schwer vorstellen können, dass der Gewerbeverein das Projekt bei diesem Widerstand durchziehe.

Erleichtert sind auch die Grünen Sursee. Sie haben den knapp 30 Meter hohen Turm an vorderster Front bekämpft. Kantonsrat Andreas Hofer sagt gegenüber unserer Zeitung: «Es ist ein absolut vernünftiger Entscheid des Gewerbevereins.» Der Politiker erwähnt auch, «dass der Gewerbeverein schon viele gute Aktionen auf die Beine gestellt hat».

Erneute Kritik an Rigibahnen

Offener Brief Zum zweiten Mal kritisiert René Stettler als Vertreter der Petitionäre von «Nein! zu Rigi-Disney-World» in einem offenen Brief in der «Wochenzeitung» die Rigi Bahnen AG. Diese würden trotz ihres Bekenntnisses zur Rigi-Charta weiterhin «auf Teufel komm raus» ein Wachstum anstreben – etwa indem sie den Bau einer Gondelbahn von Weggis nach Rigi Kaltbad weiterverfolgen. Auch die Versprechen am runden Tisch habe man nicht eingehalten. Dadurch gelange man trotzdem zu einer «schleichenden Disneyfizierung».

Die Kritik weist Karl Bucher, Verwaltungsratspräsident der Rigi Bahnen AG zurück. «Wir haben den Dialog mit allen Beteiligten immer gepflegt, alle Entscheidungen zur Charta wurden unter der Leitung von Tourismusexperte Jürg Stettler demokratisch gefällt.» Den gemeinsamen Prozess wolle man weiterführen und im Januar bestimmen, wie die Charta-Grundsätze umgesetzt werden. *(jon)*

Bessere Angebote für Mountainbiker

Zentralschweiz Die Zentralschweiz soll attraktiver für Mountainbiker werden. Um dies zu erreichen, arbeiten die Kantone Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri innerhalb von Mountainbike Zentralschweiz, einem Projekt der neuen Regionalpolitik (NRP), zusammen. «Nur gemeinsam können wir zu einer der attraktivsten Bike-Regionen der Schweiz werden», sagt Thomy Vetterli, Product Manager Mountainbike-Zentralschweiz.

Vetterli betont, dass andere Regionen einen attraktiveren Standort für Mountainbiker bieten. Trotz der vielfältigen Landschaft in der Zentralschweiz würden noch die nötige Infrastruktur und entsprechenden Angebote fehlen, um zur Konkurrenz aufzuschliessen. Dies soll sich nun ändern. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus verschiedenen Zentralschweizer Mountainbike-Führern, hat sich bereit erklärt, Massnahmen auszuarbeiten, welche die Innerschweiz für Mountainbiker zu einem erstrebenswerteren Ausflugsziel machen. *(pd/stp)*

Nachgefragt

«Das Seeufer in Merlischachen wird freigehalten»

Verliert Merlischachen die letzten Meter an öffentlichem Seezugang? Dies befürchten Anwohner wegen der anstehenden Teilrevision der Nutzungsplanung des Bezirks Küssnacht, über welche am 10. Februar an der Urne abgestimmt wird. Entsprechend kritisiert wurden an der Bezirksgemeinde von Montagabend die vorgesehenen Umzonungen nahe des Campingplatzes an der Kantonsgrenze zu Luzern (Ausgabe von gestern).

Der zuständige Bezirksrat und Statthalter Oliver Ebert weist die Kritik zurück. Dem FDP-Politiker zufolge wird Merlischachen auch künftig ein öffentlich zugängliches Ufer haben.

Oliver Ebert, werden Sie auf die geplanten Umzonungen in Merlischachen verzichten?
Nein, das ist vom gesetzlich verlangten Verfahren her nicht mehr möglich. Die Teilrevision der Nutzungsplanung wurde am Montag an die Urne überwiesen. Die Abstimmung findet am 10. Februar statt. Dies konnte nur erfolgen, weil für die Teilrevision das Mitwirkungsverfahren und zwei öffentliche Auflagen bereits stattgefunden haben.

Der Küssnachter Statthalter Oliver Ebert (FDP). Bild: Corinne Glanzmann

Gegen die Umzonung wurden diverse Einsprachen erhoben. Könnten diese noch etwas ändern?
Acht Schutzorganisationen, einschliesslich der Landschaftsschutzverband Vierwaldstättersee, haben gegen die Umzonung in Merlischachen eine Einsprache erhoben. Diese Einsprache wurde vom Bezirksrat rechtskräftig abgewiesen.

Laut dem Landschaftsschutzverband Vierwaldstättersee ist eine Umzonung aber gar nicht rechtens, da See- und Flussufer für öffentliche Zwecke frei gehalten werden müssen.
Im Einspracheentscheid des Bezirksrates wurde festgehalten, dass die Umzonung der Einzelparzelle von der «Kurzone Unterbärgiswil» in die sogenannte «Wohnzone WL» rechtskonform sei. Ohne eine Umzonung wäre die erwähnte Parzelle weder für eine gewerbliche Nutzung (privatrechtliches Gewerbeverbot) noch für Wohnnutzungen (Zonenvorschrift der Kurzone) überbaubar.

Was heisst das für das Seeufer in Merlischachen?
Für die Wohnzone WL gilt ein Seeuferabstand von 20 Metern gemäss kantonalem Planungs- und Baugesetz. Damit wird das Seeufer frei gehalten. Mit dem Grundeigentümer wurde zudem vereinbart, dass ein uneingeschränktes Fusswegrecht, von der Kantonsstrasse zum See entlang der Parzellengrenze, und das Benützungsrecht für einen Aufenthalts- und Erholungsplatz am See eingeräumt wird. Zum bisherigen Zustand würde der Seezugang also erleichtert.

Interview: Niels Jost
niels.jost@luzernerzeitung.ch.

ANZEIGE

Danke –
dass Sie bei uns Kunde sind.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und freuen uns
auf ein gemeinsames, erfolgreiches 2019.

RAIFFEISEN
Wir machen den Weg frei